

Zeitschrift: Der schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1798-1799)

Rubrik: Gesetzgebung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der schweizerische Republikaner

herausgegeben

von Escher und Usteri

Mitgliedern der gesetzgebenden Räthe der helvetischen Republik.

Band II.

No. XXXVI.

Luzern, den 13. December.

Gesetzgebung.

Grosser Rath, 1. December.

(Fortsetzung.)

Pacoste und Ackermann folgen ganz Ruhs Antrag, letzterer wünscht aber zu bestimmen in welchen Fällen man Pässe haben müsse. Erlacher stimmt auch Ruhs bei, glaubt aber man müsse diese Pässe von Eisen machen, wenn man sie für ein ganzes Jahr dauern lasse wolle. Herzog will bestimmen, daß das Geld welches die Ausfertigung der Pässe liefert, der Nation gehöre. Huber stimmt Ruhs bei, doch will er solche Pässe auf fünf Bagen setzen; er findet Herzogs Bemerkung als sich selbst verstehend überflüssig: noch wünscht er daß auch dieser § nur die Helvetier angehe, und daß Fremde nur Monatspässe erhalten. Nuce vertheidigt seine Erwägung, und stimmt übrigens Ruhs und Hubers letzter Bemerkung bei. Hammer stimmt zum Gutachten, will aber die Pässe drei Monate dauern lassen, und bestimmen daß man für Entfernung von mehr als drei Stunden von seiner Heimath Pässe haben müsse. Herzog beharrt, der Deutlichkeit wegen auf seinem Antrag. Ruhs vereinigt sich mit Hubers letzter Bemerkung, welche mit Ruhs und Herzogs Anträgen angenommen wird.

§ 2. Fierz will die Handwerksbursche hier aufnehmen, und stimmt übrigens dem § bei. Ruhs folgt Fierz. Huber will den ganzen § ausstreichen als überflüssig, weil für einen Paß der ein Jahr dauert, jedermann drei Bagen bezahlen kann. Custorff stimmt mit einiger Modification Fierz bei. Herzog vertheidigt den § mit Fierzens Antrag. Carrard will statt diesem § einzig bestimmen, daß diejenigen welche die Pässe ausgeben, bei Beziehung ihrer Preise Rücksicht auf die Armuth nehmen dürfen. Nuce will wohl die Handwerksbursche auslassen, aber beharrt auf dem übrigen Theil des §, weil durch Carrards Antrag Partheilichkeit entstünde. Huber vereinigt sich mit Carrard dessen Antrag angenommen wird.

§ 3. Herzog bemerkt daß für Pässe ins Ausland keine Zeit bestimmt werden kann. Egler folgt Herzog und will keinen Unterschied zwischen den näher oder fern von den Gränzen wohnenden Bürgern ma-

chen. Nuce vertheidigt den §, weil die an den Gränzen wohnenden Bürger in beständiger Gemeinschaft mit den benachbarten äußern Gegenden stehen. Huber vertheidigt das Gutachten. Egler will höchstens bestimmen daß in den Gränzkantonen diese Pässe wohlfeiler seyen. Arb will diese Pässe für ein Jahr gültig, und mit drei Bagen bezahlen lassen. Huber bemerkt, daß man den auswärtigen Pässen keine Zeit bestimmen kann, und will nur erklären, daß die Regierung für die Gränzorte Erleichterungen zu geben berechtigt sey. Dieser Antrag wird angenommen.

§ 4. Ruhs stimmt dem § bei, fodert aber daß er vor den 3 § gesetzt werde. Regli will eine Ausnahme für die italienischen Tagelöhner machen, weil diese alle Jahre ins Ausland gehen. Egler glaubt diese Taxe sey zu hoch, er fodert daß man sie auf fünf Bagen herabsetze. Marcacci folgt Egler, und will auch hier eine Ausnahme für die Armen machen. Ruhs vertheidigt den §, weil die Armen schon ausgenommen sind. Bourgeois folgt Egler. Huber beharrt auf dem Gutachten, und will höchstens die Tagelöhner begünstigen, und sie nur fünf Bagen zahlen lassen. Ruhs und Hubers Anträge werden angenommen.

§ 5. Cartier fodert Durchstreichung dieses unnützen §. Suter folgt Cartier, weil man nicht überall schaben soll. Michel folgt, so auch Koch, weil dieses eine Art Beggeld abgebe, indem diese Pässe auf den Strassen oft unterschrieben werden müssen. Nuce beharrt auf dem Gutachten, weil hier nur von besetzelter Bekräftigung der Pässe die Rede ist. Der § wird weggestrichen.

Die gestern erhaltene Botschaft des Volkziehungsdirektoriums über das Erziehungswesen, wird wieder vorgelesen, und mit Beifall aufgenommen.

Nuce fodert Verweisung dieser wichtigen Botschaft an die Kommission über den öffentlichen Unterricht, und begehrt zugleich daß man sich mit Wiederherstellung desjenigen Erziehungsinstituts der weiblichen Jugend in Luzern beschäftige, welches die würdigen Bürgerinnen Urselinerinnen bisher erhalten hatten: endlich begehrt er Niederlegung einer Kommission, die die lebenslänglichen Gehalte der aus den Klöstern aus-

treten den Geistlichen bestimme. Escher folgt der Verweisung dieser Vothschaft an die Kommission, und freut sich daß das Direktorium uns endlich auf diesen wichtigen Zweig der Staatsangelegenheiten aufmerksam macht, weil auf der guten Besorgung desselben die wahre Gleichheit und die wahre Freiheit beruht. Er stimmt Nuce's Antrag bei, und fodert über denjenigen welcher das Luzerner Erziehungsinstitut betrifft Dringlichkeit. Custor stimmt bei, und wünscht daß eine helvetische Universität errichtet, und dasjenige Geld dazu verwendet werde, welches nach Secretan's Antrag jeder Repräsentant von seinem diesjährigen Gehalt dem Vaterland opfern soll. Die Vothschaft wird an die Kommission gewiesen.

Am 2ten December war keine Sitzung.

Grosser Rath, 3. December.

Präsident: Pellegrini.

Regli begehrt, daß B. Quadri als italienischer Dolmetscher angestellt werde. Rosetti bezeugt, daß der vorgeschlagene Bürger nicht hinlängliche Fähigkeiten zu diesem Amt habe. Marcacci bittet, daß der vorgeschlagene Bürger wenigstens zur Probe angenommen werde. Dieser Antrag wird angenommen.

Haas beklagt sich über den Luzernerischen Werkmeister in Stein, daß er ihm bei dem Bau in dem Urselinerkloster nicht gehörig behülflich sey, und dadurch alle Arbeiten hindere; er begehrt Einladung an die Luzernerische Verwaltungskammer und Municipalität, daß sie ihm die nöthigen Arbeiter und Materialien zur Beschleunigung des Baus an die Hand liefern, und wünscht zugleich den wissenschaftlichen Nationalinstituten in diesem Kloster Platz geben zu können. Nuce fodert daß man der Verwaltungskammer anzeige, daß wann die Arbeiter nicht besser arbeiten, man aus andern Gegenden Arbeiter berufen werde. Huber folgt den Bemerkungen von Haas, begehrt aber daß eine Einladung an das Direktorium gemacht werde, durch die die Arbeiten im Urselinerkloster als dringlich vor allen andern den Vorzug erhalten, und bittet Haas seine Bemerkungen wegen wissenschaftlichen Nationalinstituten der hierüber niedergesetzten Kommission mitzutheilen. Dieser Antrag wird angenommen.

Graf fodert für die Saalinspektoren zur Bezahlung des Bureau 6000 Franken. Cartier und Gapani begehren, daß man nur 3000 Franken gebe. Schlumpf unterstützt Graf, weil sonst sogleich wieder gefodert werden muß. Erlacher folgt Schlumpf und bemerkt daß die Repräsentanten auch bald wieder etwas Geld nöthig hätten. Grafs Begehren wird entsprochen.

Opfendorfer im Namen einer Kommission

erklärt, daß die erste Rechnung der Saalinspektoren, über die ersten bezogenen 11000 Franken richtig befunden wurde, und rath daher zur Abnahme derselben an. Custor bestätigt diesen Antrag, welcher sogleich einmüthig angenommen wird.

Der Abschnitt des Organisationsgutachtens für den Obergerichtshof, welcher die Cassation der Kriminalrechtsfälle betrifft, und welcher von der Kommission neu umgearbeitet wurde, wird in Berathung genommen.

§. 62. In Kriminalcassationsfällen wird die eingesandte Prozedur dem öffentlichen Ankläger zu Absfassung seiner Conclusionen übergeben.

§. 63. Nachdem der öffentliche Ankläger seine Conclusionen eingegeben, so wird zuerst entschieden, ob die Prozedur als vollständig oder zulässig anzusehen sey?

§. 64. Hierauf wird bloß die Frage beurtheilt: ob Cassation statt habe?

§. 65. Ist dieses der Fall, so wird ferner entschieden, ob die Prozedur und Sentenz, oder nur die Sentenz cassirt seyn soll?

§. 66. Im ersten Fall wird die Prozedur von neuem instruiert, im letztern hingegen wird dieselbe nur revidirt, und falsch beurtheilt.

§. 67. In beiden Fällen aber wird die Prozedur an das nächstgelegene Kantonsgericht zur nöthigen Untersuchung gewiesen.

§. 68. Die Criminalcassations-Sentenzen werden nur generaliter motivirt. Die nähern Motiven werden in dem Schreiben an das Kantonsgericht, wohin die Prozedur überwiesen wird, beigelegt.

§. 69. Sowohl in Criminal- als Civilcassationsfällen muß die Sentenz entweder ganz oder gar nicht cassirt werden.

§. 70. Desgleichen versteht es sich, daß in beiden Cassationsfällen nur die Oberrichter allein urtheilen.

Die fünf ersten Paragraphen vom 62. bis 66. werden sogleich genehmigt.

§. 67. Cartier will daß der Rechtsfall wieder dem gleichen Gericht übergeben werde, dessen Urtheil cassirt wurde. Huber bemerkt daß es wider alle Grundsätze wäre, wieder den gleichen Richter zur zweiten Beurtheilung zu wählen, und ihn also vielleicht zu zwingen wider seine Ueberzeugung zu handeln. Huber folgt Hubern, weil durch die Cassation das Gericht, dessen Urtheil cassirt wurde, zum Theil selbst Parthei wird, und also nicht weiter als Richter gebraucht werden darf. Cartier beharrt auf seinem Antrag, weil noch nicht alle Kantone die gleichen Gesetze haben, und also nicht ein anderes Kantonsgericht über ihm unbekannte Gesetze urtheilen kann. Secretan unterstützt den §, weil durchaus kein Richter welcher schon geurtheilt hat, und dessen Urtheil unrichtig gefunden wurde, wieder in der gleichen Sache zum Richter gemacht werden kann: zudem bemerkt er, daß

in Helvetien bis jetzt keine andern Criminalgesetze vorhanden waren, als die gräßliche, hochpeinliche carolinische Halsgerichtsordnung. Cartier zieht seinen Antrag zurück, und der § wird angenommen.

Die drei folgenden Paragraphen dieses Abschnitts werden angenommen.

In dem an die Kommission zurückgewiesenen Abschnitt, der die Staatsverbrechen betrifft, (siehe Republikaner II. p. 200), wird nach dem neuen Gutachten nichts abgeändert, und derselbe nun ohne Einwendungen ganz angenommen.

Der folgende Abschnitt, welcher die Anklagen gegen Volksrepräsentanten oder Direktoren betrifft, wird in Berathung genommen (siehe Republikaner I. p. 835.)

Die drei ersten Paragraphen von 59 bis 61 werden ohne Einwendungen angenommen.

Statt der vier folgenden Paragraphen des ersten Gutachtens schlägt die Kommission folgende neue Paragraphen vor, welche ebenfalls einmüthig angenommen werden.

§ 86. Nachdem dem obersten Gerichtshof sämtliche von dem grossen Rath eingekommene Acten vorgelesen worden, werden solche dem öffentlichen Ankläger zugestellt, um mit möglichster Beschleunigung dem obersten Gerichtshof vorzutragen ob:

a. mehrere Acten zur Verification der gegebenen Anzeige oder andere zur Constatirung des Facti nöthige Gegenstände eingeholt werden sollen, und dann

b. um einen Entwurf der an den Beschuldigten bei dem Präcognitionsverhör vorzulegenden Fragen einzugeben.

§ 87. Wenn der erste Vortrag des öffentlichen Anklägers zur Vervollständigung der eingekommenen Actenstücke dem Obergerichtshof nicht hinreichend schiene, so steht es dem Obergerichtshof frei, die erforderliche Ergänzung von sich aus zu befehlen.

§ 88. Zu welchem Ende das Direktorium aufgefordert wird, alle nöthigen Massregeln zu ungesäumter Herbeischaffung der verlangten Actenstücke, und übrigen allenfalls nöthigen Gegenständen vorzusehen.

§ 89. Desgleichen ist dem Tribunal unbenommen, den von dem öffentlichen Ankläger vorgelegten Fragen, nach geschehener Prüfung, zu mehrerer Erläuterung selbst eigne Fragen beizufügen.

§ 90. Hierauf wird der Angeeschuldigte durch eine schriftliche und versiegelte Citation auf den folgenden Tag vor den Obergerichtshof zum Präcognitionsverhör beschieden. Dem Weibel, der diese Citation worvon ein Doppel ad Protocollum genommen wird, anzuzeigen, muß ein Empfangschein von dem Beschuldigten oder den Seinigen ausgestellt werden.

§ 91. Am Tage der Erscheinung wird der Beschuldigte in Gegenwart sämtlicher Obrichter einmüthig nach den gutbefundenen Fragen sitzend vernom-

men; welche Fragen von dem öffentlichen Ankläger an ihn gestellt werden.

§ 92. Das aufgenommene Präcognitionsverhör soll von dem öffentlichen Ankläger und dem Beschuldigten unterschrieben werden.

§ 93. Der öffentliche Ankläger, dem dieses Präcognitionsverhör zugestellt wird, zieht hierauf seine Conclusionen, ob Anklage gegen den Beschuldigten statt habe, oder nicht?

§ 94. Die Conclusionen des öffentlichen Anklägers werden alsdann abschriftlich dem Beschuldigten nebst einem Doppel des Präcognitionsverhör und einer Abschrift der ihm bisher noch nie mitgetheilten Actenstücke, in sofern er solche begehrt, zugestellt, und 3 Tage zu Eingabe seiner schriftlichen Vertheidigung bestimmt.

§ 95. Wann die Vertheidigung eingekommen, so werden sammtliche diese Schriften dem D. G. H. vorgelegt und abgelesen. Hierauf entscheiden die Obrichter: Ob die Anklage gegen den Beschuldigten statt habe.

§ 96. Carrard weiß nicht warum das heimliche Stimmenmehr statt haben soll, um zu entscheiden ob Anklage statt habe oder nicht; er glaubt dies sey der Cabale und den gefährlichsten Intriguen die Thore geöffnet, besonders da vorher Berathung über diese Frage statt hatte, wodurch also die Privatmeinung eines jeden Richters schon bekannt wurde; er fodert daher, daß wohl die Entscheidung in geschlossener Sitzung nicht aber durch geheimes Stimmenmehr geschehe; noch behauptet er, daß der 60 und 62 § der Konstitution, nur die Berathung in den gesetzgebenden Räten nicht aber diejenige in dem Obergerichtshof angehen, und also nicht als Gründe wider seine Meinung aufgestellt werden können. Huber glaubt, dieses Reglement müsse dem Geiste der Konstitution getreu bleiben, und dieser fodere heimliche Abstimmung ohne Ausnahme über solche Anklagen, und wo unsre Konstitution nicht deutlich sey, können wir die französische Konstitution zum Muster nehmen, und diese fodert ebenfalls heimliches Abstimmen über die ganze Beurtheilung solcher Anklagen; übrigens glaubt er sey das heimliche Abstimmen der Intrigue weit weniger günstig, als die öffentliche Abstimmung, und daher vertheidigt er das Gutachten der Kommission. Carrard beharrt auf seiner Behauptung, daß der 60. § der Konstitution nur die Berathung in den Räten selbst angehe; das Beispiel Frankreichs würde er gerne annehmen, wann wir die Geschworenengerichte hätten, welche ein so sicherer Wall für die Unschuld sind, und die dort statt haben; überdem ist er immer überzeugt daß die Leidenschaften weit freieren Lauf im geheimen Abstimmen haben, als da wo das Beispiel der übrigen Richter, und das Urtheil des Publikums die nöthigen Schranken der Intrigue setzen; er beharrt also auf seinem ersten Antrag. Koch erklärt sich für das Gutachten, weil der 60. § sich mit

seinem Geſez nach dem 58. § vorfindet, wo ſchon von dem Obergerichtshof in dieſer Behandlung die Rede iſt, wodurch offenbar der 60 § allgemein für die ganze Behandlung dieſer Prozeſſe geſezlich gemacht wird: neben dieſem entſcheidenden Umſtand aber, iſt offenbar der Cabale mehr Begünſtigung verſchaft, wenn man nicht heimlich abſtimmen darf, und die menſchlichen Schwachheiten vertragen ſich mehr mit dem heimlichen Abſtimmen, als mit dem öffentlichen; daher ſtimmt er dem Gutachten bei. Cartier beruft ſich auf den 59 § der Conſtitution, welcher entſcheidet daß die Heimlichkeit nur die geſezgebenden Räte angehe, und da ſich im öffentlichen Stimmen eher der Richter ſcheut wider die Gerechtigkeit zu ſprechen, ſo folgt er ganz Carrard, deſſen Antrag angenommen wird.

Ruhn begehrt, daß man auf den Fall, daß der Angeklagte nicht erſcheinen würde, folgenden § noch feſtſetze: „Wann der Angeklagte auf die Vorladung nicht erſcheint, oder ſeine ſchriftliche Vertheidigung nicht einſendet, ſo urtheilt der Obergerichtshof auf die in Händen habenden Akten hin.“ Dieſer Antrag wird angenommen.

Die folgenden §§ vom 67 an bis zum 86 werden unverändert ſogleich angenommen.

Die Kommiſſion ſchlägt vor nach dem 67 § folgenden beizufügen: „Deſgleichen wenn entſchieden wird, daß keine Anklage ſtatt habe, ſo ſoll ſolches den geſezgebenden Räten angezeigt werden.“ — Nach dem 79 § ſchlägt die Kommiſſion folgenden neuen § vor: „Alle Informationen geſchehen in Gegenwart des öffentlichen Anklägers und des Vertheidigers, die der Zeugen aber in Abweſenheit des Beklagten, allfällig nöthige Confrontationen jedoch ausgenommen.“ Die beiden Anträge werden einmüthig angenommen.

§ 86. Carrard fodert, daß hier ſo wie bei der erſten Frage die Abſtimmung nicht durch geheimes Stimmenmehr geſchehe; dieſer Antrag wird theils für dieſen, theils für die übrigen §§ dieſes Abſchnitts angenommen.

Die 4 folgenden §§ werden ſogleich genehmigt.

Die Kommiſſion trägt darauf an, ſtatt des 91 § des erſten Gutachtens folgende §§ feſtzulezen: „§ a. Nach vorhergegangener Berathſchlagung entſcheidet das Stimmenmehr zuerſt die Frage, ob das Vergehen mit dem Tode beſtraft werden ſoll oder nicht.“ „§ b. Um eine Todesſtrafe zu erkennen, wird ein Stimmenmehr von zwei Drittheilen erfordert.“ Dieſer Antrag ſo wie auch die beiden übrigen §§ werden angenommen.

Ruhn begehrt zuſolge des Grundſazes der Rechtspflege, daß in einer Sache nur ein Richter ſtatt haben könne, die Beifügung folgender §§: „§ a. Wann neben dem Angeſchuldigten, wegen des nemlichen Verbrechens noch andere Mitbeſchuldigte vorhanden ſind, die nicht Mitglieder der geſezgebenden Räte

oder des Direktoriums wären, ſo ſollen auch dieſe von dem Obergerichtshof in den nemlichen Formen beurtheilt werden. § b. Jedoch kann gegen dergleichen Mitbeſchuldigte in wichtigen Fällen ein Vorführungs- und Verhaftsbefehl noch vor Unterſuchung der Frage verfügt werden, ob eine Anklage gegen ſie ſtatt habe.“ Dieſer Vorſchlag wird angenommen.

Cartier begehrt, daß eben ſo wie öffentliche Ankläger laut der Konſtitution ſtatt haben ſollen, beim Obergerichtshof zum Troſt der Armuth und Schwachheit, auch ein öffentlicher Vertheidiger erwählt und vom Staate bezahlt werde. Ruhn ſtimmt Cartier ganz bei, und bezeugt, daß er bei Entwerfung des Civilprozeßgangs hierauf Rückſicht nehmen und darauf antragen werde, bei jedem Kantonsgericht einen öffentlichen Vertheidiger anzustellen. Zugleich zeigt er an, daß die Rechtspflege durchaus die Lücke ausfüllen muß, die die Konſtitution laßt, indem ſie kein Geſchworen Gericht beſtimmt: Er würde hierüber ſchon ein Gutachten vorgelegt haben, wenn man nicht die Baſis ſeines Entwurfs dadurch umgeworfen hätte, daß man den Grundſatz feſtſetzte „es ſollen keine Friedensgerichte, aber in jeder Urverſammlung ein Friedensrichter ſeyn“, denn er wollte die Friedensrichter zur erſten Unterſuchung in den Criminalfällen benutzen; da nun aber jedes Dorf einen Friedensrichter haben ſoll, ſo werden dieſe nicht ſähig genug ſeyn, um ſolche wichtige Gegenſtände übernehmen zu können.

Die von Secretan vor 6 Tagen gemachte Motion, von dem dießjährigen Gehalt der Geſezgeber 50 Dublonen in Rückſicht der gegenwärtigen Lage der Republik, auf den Altar des Vaterlandes zu legen, wird in Berathung genommen. Ruce ſtimmt von ganzem Herzen dieſem Antrag bei, indem er gerne perſönliche Aufopferungen macht, wann es vom Vaterlande die Rede iſt. Huber glaubt vor allem aus unſer System von Beſoldungen vertheidigen zu müſſen: Er denkt man dürfe doch annehmen, daß die Stellvertreter des Volks bei ihrem wichtigen Amte müſſen bürgerlich leben können, und wenn man dieſes nur in einem mäßigen Maasſtab aufzählt, ſo wird ſich finden, daß neben dem Unterhalt, den Repräſentanten nichts übrig bleibt, da doch viele aus uns ſind, die, wenn ſie bei ihren vorherigen Berufsarten geblieben wären, neben ihrer Unterhaltung noch etwas wichtiges auf die Seite für ihre alten Tage hatten legen können: Aber, ſagt man, es ſind zu viel ſolcher Repräſentanten und daher koſten ſie die Republik zu viel: könnte ich aber zum Volk unmittelbar ſprechen, ſo würde ich daſſelbe dringend warnen, ja unſre Zahl nicht zu verringern, ſondern in dieſer Rückſicht dem Geiſt unſrer Verfaſſung treu zu bleiben, welche fodert, daß jeder Art Bürger in der Geſezgebung ſeyen, damit Bürger eines jeden Standes und eines jeden Berufs zu den Geſezen ja und nein ſagen können; und wann wir dem Volk aufzählen, was die vorigen Regierungen theils öffentlich, theils

heimlich das Volk gekostet haben, wahrlich so kann es nicht mehr finden, daß die jezige Regierung zu viel koste. Allein dieser Zweckmäßigkeit unsrer Besoldungen ungeachtet, fodert jezt das Vaterland ein Opfer von uns, und folglich sollen wir, die ihm nicht nur ein Opfer, sondern alles was wir haben und selbst unser Leben schuldig sind, mit Freude entsprechen, und daher stimme ich dem Antrag Secretans bei.

Herzog erinnert, daß er bei Bestimmung der Besoldungen für eine geringere Summe als festgesetzt wurde, gestimmt habe, und daß man ihm also nicht Habsucht vorwerfen könne, wann er nicht für Secretans Antrag stimme, indem er glaubt, man könne kein freiwilliges Opfer fürs Vaterland durch ein Gesetz bestimmen: er will weit lieber die Besoldungen gesetzlich herabsehen oder will wirklich eine freiwillige Steuer vornehmen und trägt auf eine Kommission an, die untersuche ob es der Fall sey die Besoldungen zu verringern oder nicht. Aker mann glaubt, die Summe, welche das Vaterland durch Secretans Antrag gewinnen würde, wäre unbedeutend, und unsre bloßen Unterhaltsbedürfnisse erfordern unsre Besoldungen; daher wann das Vaterland wirklich mehr Bedürfnisse hat, so lege man nur einige Kreuzer mehr aufs Tausend auf die reichen Leute und gehe also zur Tagesordnung über diesen Antrag! ist einst wirklich Noth vorhanden, so wollen wir dann gerne mehr als die geforderte Summe aufopfern!

Ruhn: Wann es in diesem Augenblicke um die Herabsetzung unserer Besoldungen zu thun wäre, so würde ich nicht zu derselben stimmen können. Ich habe mit meinen Bedürfnissen, mit meinen Aufopferungen gerechnet, und gefunden, ich sey nicht zu hoch bezahlt.

Aber es wird vorgeschlagen, dem Vaterland ein Opfer zu bringen. Ich werde mit meinem Genuße rechnen, und finden, daß ich es geben kann. Ich thue es gern, weil ich nie ansehe, wenn ich die Stimme des Vaterlands höre.

Man wirft mir ein, das Vaterland befinde sich nicht im Falle, ein solches Opfer zu begehren, und die Majorität der gesetzgebenden Räte habe kein Recht, der Minorität dasselbe aus dem Sacke zu erkennen.

Aber stehen denn nicht Oestreichs Heere auf unsern Grenzen? Habt ihr nicht unsre junge Mannschaft aufgerufen zur Vertheidigung des Vaterlands herbeizueilen? Und wann ihr dieses große Opfer von ihnen fordern könnet, so frage ich euch, ob ihr dann das Recht nicht habet, von uns die Darbringung eines kleinern Opfers zu begehren?

B. R. ich habe die Thränen vieler meiner unglücklichen Brüder gesehen. Ich kann bei denselben nicht ungerührt bleiben. Ich glaube es sey der Zeitpunkt zu helfen, sobald einer unsrer Brüder unsrer Hülfe bedarf.

Ich stimme also mit Freuden dem Antrage des Bürger Secretans bei. Ich bedaure, daß ich nicht

reich bin, und dem Vaterlande nicht meine ganze Besoldung anbieten kann. Ich bedaure aber noch mehr, daß ich in diesem Augenblicke an dieser Stelle bin, und deswegen nicht an die Grenze eilen darf, um dort mit Aufopferung meines Bluts und Lebens, die Grundsätze der Freiheit und Gleichheit zu vertheidigen, die ich geschworen habe. Ich stimme zum Antrag.

Cartier stimmt ganz Herzog bei, und fodert in dieser Rücksicht Tagesordnung. — Ruf zum Abstimmen. — Ruf ums Wort von allen Seiten. — Die Mehrheit will abstimmen! und man geht zur Tagesordnung!

Man fodert daß Herzogs Antrag, eine Kommission über Verminderung unsrer Besoldungen niederzusetzen, ins Mehr gesetzt werde. Koch bemerkt, daß es dem 12 § der Konstitution zuwider ist, die eiamal bestimmten Besoldungen zu vermindern. Carrard bemerkt, daß wir unsre Besoldungen nicht diesem 12 § der Konstitution gemäß bestimmt haben, weil sie nicht in Früchten bestimmt wurden und fodert also eine Kommission über die Besoldungen. Secretan stimmt Carrard bei, und glaubt die Versammlung sey deswegen zur Tagesordnung über seinen Antrag gegangen, weil er nur ein augenblickliches Opfer vorschlug: nun hofft er also, werde man sich diesem neuen Antrag nicht widersetzen, denn unser Vaterland ist arm, und diesem nach sollen wir uns fügen. Gmur fodert Abstimmung, welche angenommen und durch dieselbe auch dieser neue Antrag für Besoldungsverminderung verworfen wird.

Das Direktorium fodert, daß der Zeitpunkt für die Einführung des Stempelpapiers bis auf den 1. Jenner 1799 verlängert werde. Diesem Begehren wird einmüthig entsprochen.

Das Direktorium fodert für Errichtung der ersten helvetischen Legion 300,000 Franken an das Kriegsministerium. Diesem Begehren wird mit Dringlichkeitserklärung sogleich entsprochen.

Das Direktorium übersendet eine Bottschaft, welche freie Verfügung über einige Nationalwaldungen zu Unterstützung der Brandbeschädigten des Distrikts Stanz fodert. (Diese Bottschaft ist im 34ten Stük des Republikaners abgedruckt).

Herzog fodert, daß man auch diesem Begehren sogleich mit Dringlichkeit entspreche. Ruce folgt und wundert sich, daß diese Bottschaft erst heute erscheine. Herzogs Antrag wird angenommen.

Da der Senat den Abschritt der Municipalitätsausgaben in dem Municipalitätsbeschluß verworfen hat, so wird derselbe der Commission zur Umarbeitung zugewiesen.

Die Versammlung bildet sich in ein geheimes Comité.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung legt Huber im Namen einer Commission ein neues Gutachten über Anlegung einer Bibliothek und eines Archivs für

Die gesetzgebenden Rätthe vor. Auf Ruhn's Antrag wird dieses Gutachten für 2 Tag aufs Bureau gelegt.

Hu ber legt noch einen zweiten Rapport über die Anlegung dieser Nationalbibliothek vor, welcher ebenfalls aufs Bureau gelegt wird.

Das Direktorium fodert in einer Bothschaft Entscheidung, ob verschiedene Nationalgüter im Kanton Wallis, welche von der Confiscation des vor einigen Jahren seiner patriotischen Gesinnungen wegen hingerichteten B. Guillot, sogleich einem vom frankischen Commissär Rappinat herrührenden Befehle gemäss, an einen Erben dieses Guillot, der in frankischen Diensten ist, abgetreten werden müssen, oder ob der Gegenstand dem Antrag der Verwaltungskammer von Wallis gemäss, noch vorher untersucht werden solle.

Rüce bezeugt, daß die Sache des B. Guillot, der in französischen Diensten steht, nicht so klar ist, wie er es sich vorstellt; die Frage ist, ob Guillot ein verfolgter Patriot sey oder nicht, und daß er dieses wie jeder andere verfolgte Patriot vor Gericht suchen müsse, versteht sich von selbst; zudem soll die erste Entschädigungsforderung 100,000 Franken gewesen und nun bei näherer Untersuchung auf 22000 Franken herabgeschmolzen seyn; da nun Guillot nicht als französischer sondern als Schweizerbürger seine Forderung zu machen hat, und da wir nicht auf die Unterschrift eines französischen Commissärs hin handeln sollen, so begehrt er, daß Guillot so wie die übrigen verfolgten Patrioten behandelt werde. In dermaten stimmt ganz Rüce bei. Perighe dankt Rüce für die Erklärung dieser Sache und stimmt ihm bei, weil Guillot nicht als Patriot enthauptet wurde. Lacoite stimmt Rüce bei, doch wünscht er eine Untersuchungscommission. Rüce widersezt sich einer Commission. Carrier unterstützt Lacoite, welchem auch Ruhn beistimmt, der auch die Criminalakten dieses Prozesses einfodern will. Dieser Antrag wird angenommen und in die Commission geordnet: Koch, Debons und Mellstab.

Hämeler erhält auf Begehren für 14 Tage Urlaub.

Die helvetischen Bürger aus Bünden.

Die im 197 und 204ten Stük des Republikaners (Band I) abgedruckt: Zuschrift der Bündner Patrioten an das frankische Direktorium; und: Die geflüchteten Bündner Patrioten vor den gesetzgebenden Rätthen der helvetischen Republik — haben nachfolgende Altensstücke veranlaßt, die wir heute nur historisch mittheilen, und uns aller Anmerkungen enthalten wollen.

Unser freundlich willig Dienst und Gruss, samst was wir Ehren, Lieben und Guts vermögen anvor.

Hochgeachte, Hoch und Wohlbedelgeborne, Gestrenge, Fürsichtige, Hoch und Wohlweise, insonders Hochgeehrte Herren, getreue liebe Bundesgenossen!

In diesem Augenblicke wird uns ein Schreiben von Sr. Hochwohlgebohren, dem k. k. Hrn. Geschäftsträger, Freiherrn von Cronthal eingehandigt, und wir eilen solches unverweilt Euch, denen herrschenden Rätthen und Gemeinden, zu Eurer Kenntniß, reifer Ueberlegung und angemessener schuldigsten Rücksicht mitzutheilen. Womit wir, unter Erlassung in des Allmächtigen Obhut geharren.

Unserer insonders Hochgeehrten Herren, getreuen lieben Bundesgenossen!

Gegeben in Chur den 24 Nov. 1798.

Dienstwilligste

Die Häupter, Landes und Bundesobersten u. Kriegsrathe des Freistaats der drei Bünde.

2.

Schreiben Ihrer Hochwohlgebohren, des k. k. Geschäftsträger, Freiherrn von Cronthal, an den Kriegsrath unter dem 23 Nov. 1798.

Hochwohlgebohrne, mächtige Herren!

Ich bin überzeugt, daß Eure Weisheiten es sich selbst angelegen seyn lassen, die Ehrf. Gemeinden über jene unverschämte und lügenhafte Ausdrücke aufmerksam zu machen, deren sich Pschokke in öffentlichen Schriften bedient, welche durch den schweizerischen Republikaner im 197 Stük vom 17 Okt. und im folgenden 204 St. bekannt geworden sind.

Da aber in diesen Schriften auch solche Ausdrücke vorkommen, die jenen Gesinnungen gerade zuwider sind, von welchen mein allerhöchster Hof, diesem löbl. Freistaat eben jetzt so ausgezeichnete Beweise darbietet, und da es für diesen Freistaat eine Schande ist, daß ein solcher Mann, von selbst das Bündnerrecht, gleichsam zur Belohnung seiner Verdienste, erhalten hat, so schmeichle ich mir, daß die Ehrf. Gemeinden sich gegen diese Ausdrücke des Pschokke auf eine solche Art äussern werden, die sowohl in als ausser dem Lande genugsam beweisen wird, in welchem Grade sie einen solchen Mann und seine lügenhaften Schriften verabscheuen und mißbilligen.